

17.09.2013

Neudruck

Antrag

**der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN**

Die FernUniversität in Hagen stärken: Bund und Länder müssen sich angemessen an der Finanzierung beteiligen

I. Ausgangslage:

Die FernUniversität in Hagen, Nordrhein-Westfalen, ist die einzige staatliche Fernuniversität in Deutschland und die einzige Universität, deren gesamtes Studienangebot flexibel, berufs- und familienbegleitend genutzt werden kann. Die FernUniversität arbeitet bundesweit und richtet sich insbesondere an Studieninteressierte, die keine Präsenzuniversitäten besuchen können: Berufstätige, beruflich Qualifizierte, Menschen in der Familienzeit oder einer Pflegezeit, Menschen mit einer chronischen Krankheit oder Behinderung. Aktuell studieren knapp 83.400 Frauen und Männer an der FernUniversität, davon über 12.000 in berufsbegleitenden Masterstudiengängen und über 8.500 beruflich Qualifizierte. Damit ist sie zugleich die größte deutsche Hochschule.

Dabei bestreitet die FernUniversität ihre qualitativ hohen Lehrleistungen für die enorme Zahl an Studierenden mit einem Personalbestand von nur rund 1.800 Beschäftigten, darunter 80 Professuren. Trotzdem kommen aktuell auf jeden Lehrstuhl über 20 Absolventinnen und Absolventen pro Jahr. Dies entspricht dem Doppelten des Landesdurchschnitts von NRW.

Das Studiensystem und das „Blended Learning“-Konzept der FernUniversität ermöglichen den Studierenden eine größtmögliche Flexibilität. Damit unterscheidet sich das Studium hier in wesentlichen Aspekten von dem an Präsenzhochschulen. Die Studierenden an der FernUniversität können von zuhause aus lernen und erhalten zusätzlich zu den Print-Materialien auch zahlreiche Online-Materialien. Neben wenigen Veranstaltungen und Prüfungen, die vor Ort stattfinden, ist selbst eine Online-Studienberatung möglich. Die Studierenden sind nicht gezwungen, in der Nähe des Campus zu leben, sondern bleiben an ihren Arbeits- und Heimatorten überall in der Bundesrepublik. Für die flächendeckende wohnortnahe Betreuung,

Datum des Originals: 17.09.2013/Ausgegeben: 24.09.2013 (17.09.2013)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Informations- und studienbegleitende Veranstaltungen unterhält die FernUniversität ein bundesweites Netz von dreizehn Regionalzentren mit ihren 19 Studienzentren.

Rund 80 Prozent der Studierenden an der FernUniversität sind berufstätig. Für sie bildet die Möglichkeit des Fernstudiums, das eine bessere Verknüpfung von akademischer (Weiter-)Bildung und Berufstätigkeit erlaubt, eine gute Alternative zum klassischen Präsenzstudium an anderen Hochschulen. Mit ihrer über 30-jährigen Erfahrung im Fernstudium trifft die FernUniversität Hagen hier in besonderer Weise die Anforderungen der heutigen mobilen und auf lebenslanges Lernen angewiesenen Gesellschaft.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Studierenden an der FernUniversität nahezu verdoppelt. Schon im Wintersemester 2013/2014 könnte sie die Grenze von 100.000 überschreiten. Für den dringend erforderlichen Ausbau ihrer Ressourcen, vor allem in personeller Hinsicht, wäre dann – so bezifferte es die FernUniversität im Jahr 2012 selbst – ein Betrag von zusätzlich rund 31 Millionen Euro notwendig.

II. Der Landtag stellt fest:

Obwohl nur knapp ein Drittel der Studierenden der FernUniversität aus NRW kommt, trägt das Land mit rund 59 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2013 zu fast zwei Dritteln den Haushalt der Hochschule, der 2012 rund 99,5 Millionen Euro umfasste. Etwas über ein Drittel finanziert die FernUniversität durch Materialbezugsgebühren und Drittmittel selbst. Der Anteil anderer Bundesländer an der Finanzierung bleibt, obwohl diese mehr als zwei Drittel der Studierenden aus Deutschland stellen, mit rund 900.000 Euro bzw. 1 Prozent sehr gering und fließt ausschließlich in die Regionalzentren vor Ort. Damit leistet die FernUniversität in Hagen für alle anderen Bundesländer einen wichtigen Beitrag für die Weiterqualifizierung und Fachkräftesicherung, der aber in keinem Verhältnis zur finanziellen Einbringung dieser Länder in den Hochschulhaushalt steht.

Der steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach flexiblen, berufsbegleitenden und familienfreundlichen Studienangeboten gerecht zu werden, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der FernUniversität in Hagen kommt dabei eine für das gesamte Bundesgebiet herausragende Rolle zu. Das Land Nordrhein-Westfalen ist sich als Hauptsitzland der FernUniversität dieser besonderen Bedeutung und der daraus folgenden Verantwortung gegenüber der Institution sowie den Studierenden bewusst. Dessen ungeachtet erscheint eine Überprüfung der Aufteilung der zukünftigen Finanzierung geboten. Der Bund als auch die Länder sollten sich angemessen an der Finanzierung dieser bundesweit einmaligen Einrichtung von überregionaler Bedeutung beteiligen, um die, aufgrund des anhaltenden Studierendenzulaufs notwendigen, zusätzlichen Mittel für den Erhalt und den Ausbau von Studienangebot und -qualität zu generieren. Dies sollte aufgrund der Studierendenzusammensetzung im länderübergreifenden beziehungsweise bundesweiten Interesse sein.

Der Landtag NRW unterstützt daher die fraktionsübergreifende Initiative des Parlamentarischen Beirats der FernUniversität in Hagen, eine angemessene Mitfinanzierung der FernUniversität durch den Bund und die Länder zu erreichen.

III. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, den Bundestag und die Bundesländer, sich auf eine gemeinsame, angemessene Finanzierung der FernUniversität in Hagen zu verständigen und unterstützt Bestrebungen der Landesregierung, ein Konzept zur gemeinsam getragenen Finanzierung der FernUniversität in Hagen in Kooperation mit der Bundesregierung und den Bundesländern zu erarbeiten.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die positiven Erfahrungen mit den Fernstudiengängen an der FernUniversität in Hagen zum Anlass zu nehmen, an den Hochschulen für „Blended Learning“-Konzepte zu werben, um die Vorteile des Fernstudiums einer noch größeren Gruppe an Studierenden zu eröffnen.

Norbert Römer
Marc Herter
Karl Schultheis

und Fraktion

Karl-Josef Laumann
Dr. Stefan Berger

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Dr. Ruth Seidl

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth
Ulrich Alda

und Fraktion

Dr. Joachim Paul
Monika Pieper

und Fraktion